

# „Zehn Prozent sind einfach zu wenig“

Politiker fordern mehrheitlich eine Aufstockung des geförderten Wohnraums auf 20 Prozent

VON SUSANNE WÄCHTER

**MARIENBURG.** Noch immer erheben sich die beiden Hochhaustürme, von denen einst die Deutsche Welle Nachrichten in die Welt sendete, über die übrige Bebauung. Längst sollten sie durch eine gezielte Sprengung in sich zusammengefallen sein. Aber so weit sei man noch nicht, wie Rainer Straub von der Bauaufsicht auf Rundschau-Nachfrage mitteilt: „Nach Kenntnis der Bau-

Dem widerspricht der Entwickler, Bauwens Development. Unternehmenssprecher Holger Römer sagte gegenüber der Rundschau, das Unternehmen habe die entsprechenden Unterlagen eingereicht und warte auf eine Genehmigung. Ob sich das Verfahren noch weiter verzögere, könne er derzeit nicht beurteilen.

Ein Blick hinter den werktags geöffneten Bauzaun verrät immerhin, dass auf dem

»20 Prozent sind der kleine Finger, 100 Prozent die ganze Hand.«

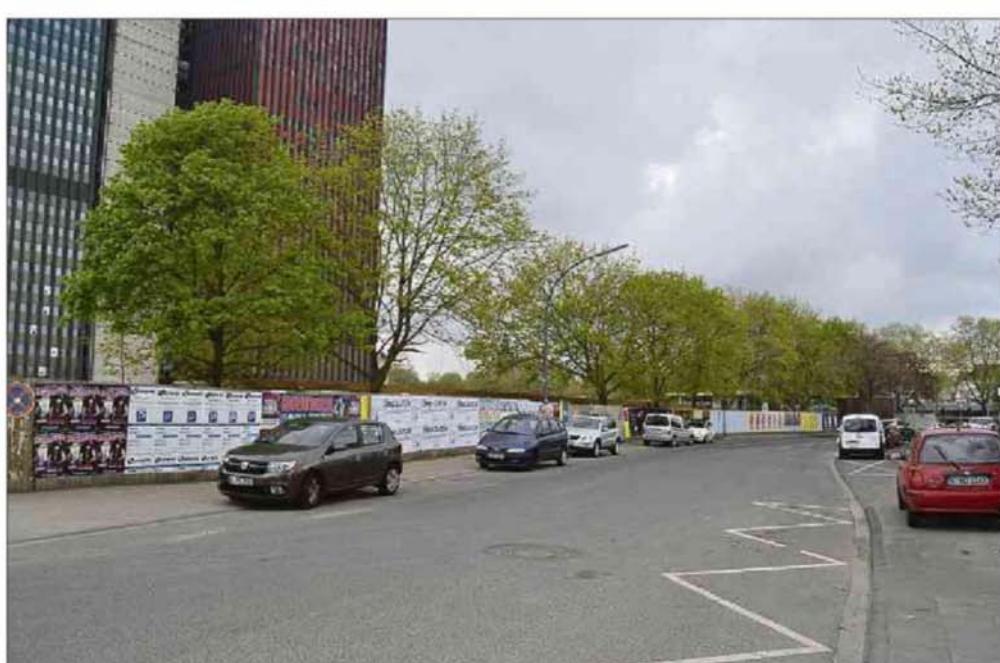
**BERTHOLD BRONISZ**

Einzelmandatsträger (Die Linke)

aufsichtsbehörde verzögert sich aufseiten des Bauherren der laufende Abbruch beziehungsweise die Asbest-Sanierung. Das noch offene letzte Abbruchverfahren wird vom Antragsteller seit geraumer Zeit nicht unterstützt, vor allem fehlt es an der mehrfach in Aussicht gestellten Sprenganzeige“, erklärt Straub.

Insofern sei es der Stadt auch nicht bekannt, ob der Antragsteller das Vorhaben einer Sprengung noch unterstützte.

Gelände eifrig gearbeitet wird. Zwischenzeitlich hat sich auch die Bezirksvertretung Rodenkirchen wieder mit dem Bauvorhaben beschäftigt, das unter dem Titel „Planungskonzept Mertener Straße“ dem Ortsteil Marienburg zugeordnet ist. 700 bis 750 Wohnungen sollen hier entstehen, weil aktuell die Nachfrage nach Wohnraum groß ist, begründen die Politiker das Projekt grundsätzlich. Dass der Anteil an öffentlich gefördertem und



An der Mertener Straße auf dem früheren Gelände der Deutschen Welle sollen Wohnhäuser entstehen.

damit preisgünstigen Wohnraum aber nur bei zehn Prozent liegen soll, passt vielen von Ihnen nicht.

Zur jüngsten Sitzung der Bezirksvertretung lagen ihnen die Unterlagen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung im vergangenen September vor. Darin ist nicht nur der Bechluss des Stadtentwicklungsausschusses enthalten, auch zahlreiche schriftliche Stellungnahmen von Bürgern sind aufgeführt.

Constanze Aengenvoort von der Unionsfraktion interessierte sich vor allem für das Abbruchverfahren. Schließlich handele es sich um ein Gebäude, das mit Asbest belastet sei. Sie wollte wissen, welche gesundheitlichen Folgen die geplante Sprengung für die Anwohner haben könnte. Auch fehle ihr eine „Zukunftsperpektive“, was die Art der baulichen Gestaltung angehe. Sie fragte sich, ob das, was dort in „sechsstöckiger Riegelbebauung hingesetzt werden soll“, auch in ein paar Jahren noch gewollt sei.

Mit der Asbest-Sanierung vor dem Abriss habe der Bauträger Bauwens Development Spezialfirmen beauftragt, entgegnete Edmund Makrutzki als Vertreter des Stadtplanungsamts. „Später wird nur noch ein Stahlgerüst übrig bleiben.“

Wie man dies dann zerlegt, ist schon fast egal“, sagte Makrutzki dazu. Auf Aengenvoorts Frage nach der Wohndichte und der konkreten Ausgestaltung der Gebäude verwies er auf das frühzeitige und „intensiv betriebene“ Öffentlichkeitsverfahren, das längst abgeschlossen sei. Auch plane der Bauträger Frei- und Spielflächen in ausreichendem Maße, so dass der nötige Luftaustausch gewährleistet sei. „Insgesamt entspricht die Planung den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung“, ist in der Niederschrift für die Bezirksvertreter zu lesen. Und weiter: „Es wird der Innenentwicklung Vorrang vor einer Außenentwicklung gegeben. Die Deckung des Wohnbedarfs erfordert die vorgesehene Dichte der Bebauung.“

Die Grünen und Einzelmandatsträger Berthold Bronisz (Die Linke) forderten mehr als die geplanten zehn Prozent geförderten Wohnraum. Eigentlich, so hatte Alexander Jacobi von Bauwens bei der Öffentlichkeitsbeteiligung, erklärt, sei man gar nicht verpflichtet, bezahlbaren Wohnraum einzuplanen, weil Bauwens die teure Asbest-Sanierung übernehme. Hierüber habe es eine Übereinkunft gegeben. Auch in der städtischen Stellungnahme findet sich eine ähnliche Pas-

sage. Darin heißt es, dass es aufgrund der notwendigen Asbest-Sanierung nach dem derzeitigen Planungsstand entsprechend der Berechnungs-

dell nicht angewandt werden. „Die Investorin wird aber freiwillig zehn Prozent der geplanten Wohneinheiten für den öffentlich geförderten Wohnbau vorsehen“, so Jacobi.

Die Grünen und der Vertreter der Linken forderten allerdings 20 Prozent, worüber sich Christoph Schykowski von der CDU aufregte: Es müsse Menschen in dieser Stadt geben, die Wohnraum schaffen. Zehn Prozent würden verwirklicht. „Wenn man Ihnen den kleinen Finger reicht, nehmen Sie die ganze Hand“, sagte der CDU-Fraktionschef. „20 Prozent ist der kleine Finger, 100 Prozent die ganze Hand“, entgegnete Bronisz.

FDP-Fraktionschef Karl-Heinz Daniel gab zu bedenken, dass es für entsprechende Änderungen zuspäte sei: „Die zehn Prozent sind längst vertraglich vereinbart.“ Letztlich fassten die Stadtteilpolitiker mehrheitlich mit vier Stimmen der SPD-Fraktion, vier Stimmen der Grünen sowie der Stimme von Einzelmandatsträger Berthold Bronisz einen Beschluss: Die Verwaltung soll dem Stadtentwicklungsausschuss mit auf den Weg geben, den Anteil des mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnraums bei diesem Vorhaben von zehn Prozent auf mindestens 15 bis 20 Prozent zu erhöhen.



Fast unverändert erheben sich die beiden Bauten über alle anderen Gebäude in Raderthal und Marienburg. (Fotos: Wächter)

**ANZEIGE**

**ELEKTROGERÄTE + TV & SOUND**

**ANGEBOT DER WOCHE**

**Siemens ED71EK1EP Einbaubard**

**599,-**

Vario-Großherdgrill - Leistung: 3000W - Glaskeramik - 3-fach-Auszug - Schneckeheizung - Flammensicherheitszelle A

**KEIN KAUF OHNE UNSER ANGEBOT!**

**Habuzin**

Radio Habuzin | Inh. Rudolf Habuzin  
Antwerpener Straße 567a | 51145 Köln (Post-ELB)  
0221/51 34 81 und 02203/52 806  
www.habuzin.de

**P vorhanden**

verfahren des kooperativen Baulandmodells zu keiner Bodenwertsteigerung komme. Daher könne das Baulandmo-